

Populismus und Modernisierung

1 Einleitung

Wenn heute von Populismus gesprochen wird, dann denkt man zumeist an rechtspopulistische Parteien, wie sie etwa in Frankreich mit dem Front National, in Belgien mit dem Vlaams Blok oder in Dänemark mit der Dansk Folkeparti zu finden sind. Fast unweigerlich drängt sich das Bild von rhetorisch gewandten Anführern auf, die in aggressiver Weise gegen Ausländer oder das politische Establishment wettern, in ihren Reden gezielt gesellschaftliche Tabuthemen aufgreifen, in unzulässiger Weise vereinfachende Antworten auf komplexe gesellschaftliche Probleme geben – und die trotzdem (oder gerade deswegen) in den letzten zwei Jahrzehnten insbesondere in den europäischen Demokratien starken Wählerzuspruch erfahren haben. Doch Populismus ist ein viel weiteres Feld, als es dieser erste Eindruck zu vermitteln vermag. Man kann eine ganze Reihe von Bewegungen, Parteien, Führern und Regime unter diesen Begriff fassen, die vor jeweils verschiedenen historischen Hintergründen entstanden sind und die unterschiedliche ideologische Ausrichtungen und politische Ziele aufweisen (Puhle 2003, Taggart 2000). So bezeichnet man die Farmerbewegung in den USA des ausgehenden 19. Jahrhunderts genauso als „populistisch“, wie die Gruppe von russischen Intellektuellen, die sich „Volkstümpler“ (russisch: *Narodniki*) nannten. Auch einige autoritäre Entwicklungsdiktaturen in Südamerika, wie die von Perón in Argentinien oder von Vargas in Brasilien, weisen populistische Züge auf. Selbst dem Nationalsozialismus und verwandten faschistischen Bewegungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen werden bisweilen populistische Eigenschaften attestiert (Puhle 1986: 22 f., Worsley 1969: 242).

Um derart unterschiedliche Erscheinungen unter einen Oberbegriff zu fassen, müssen gewichtige Gemeinsamkeiten vorliegen, die eine solche Klassifizierung rechtfertigen. Es ist die These dieses Aufsatzes, dass das Gemeinsame der ansonsten höchst unterschiedlichen populistischen Parteien und Bewegungen darin liegt, dass sie jeweils eine Reaktion auf Krisen im Gefolge von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen darstellen. Die Verwerfungen und Umbrüche, die sich aus gravierenden ökonomischen, kulturellen wie auch politischen Veränderungen ergeben, rufen danach in der Bevölkerung Verunsicherungen und Ängste hervor, die in Unzufriedenheit und Protest umschlagen können

und damit gute Voraussetzungen für die populistische Mobilisierung bieten. Im Folgenden soll deshalb der Zusammenhang von Populismus und Modernisierung näher beleuchtet werden.

2 Populismus und Modernisierung – Zwei Seiten einer Medaille

Um den Zusammenhang zwischen Populismus und Modernisierung plausibel zu machen, ist es zunächst notwendig, ein wenig theoretisch auszuholen. In den Sozialwissenschaften ist „Modernisierung“ das, was man wissenschaftstheoretisch als Paradigma bezeichnet: Ein einheitliches Deutungsmuster, das von einer Denkschule oder Forschungstradition zur Erklärung ganz unterschiedlicher Phänomene herangezogen wird. Modernisierung in dem hier verwendeten Sinn bedeutet zunächst nichts anderes als eine Entwicklung einer Gesellschaft von einem älteren Zustand in einen neuen. Ein typisches Beispiel für Modernisierung ist z.B. der Wandel von der Agrar- in die Industriegesellschaft, wie er für viele Staaten – allen voran England – seit Ende des 18. Jahrhunderts beobachtet werden kann.

Die Definition von Modernisierung als Entwicklung einer Gesellschaft von „alt“ nach „neu“ scheint zunächst lapidar zu sein. Doch wenn man sich ansieht, welche weit reichenden Analysen mit diesem gesellschaftlichen Wandel verknüpft werden, dann dürfte deutlich werden, welche Bedeutung die so genannte Modernisierungstheorie in den Sozialwissenschaften hat: So kann zunächst gefragt werden, was den Wandel einer Gesellschaft ausmacht, was also das Neue im Vergleich zum alten Zustand ist. Auch der Modernisierungsprozess selbst, also der Verlauf des Wandels, kann untersucht werden. Häufig wird zu diesem Zweck noch weiter zwischen unterschiedlichen Prozessen in gesellschaftlichen Teilsystemen unterschieden, etwa im ökonomischen, politischen oder kulturellen Bereich. So kann festgestellt werden, in welchem Bereich der Wandel zuerst eingesetzt und welche Prozesse dies in den anderen Bereichen nach sich gezogen hat. Für die Untersuchung des Phänomens Modernisierung ist es auch interessant, den Wandel in unterschiedlichen Gesellschaften zu betrachten: Durch den länderübergreifenden Vergleich ist es möglich, Hinweise auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Entwicklungen zu gewinnen. Schließlich kann man auch nach den „Konsequenzen der Moderne“ (Giddens 1995) fragen, also den positiven oder negativen Auswirkungen der Modernisierungsprozesse auf bestimmte Individuen oder Bevölkerungsgruppen. Hier ist der vorliegende Aufsatz zu verorten, der Populismus als Folge von Modernisierungsprozessen interpretiert.

Wichtig ist, dass Modernisierung in diesem Sinne als eine reine Analysekategorie verstanden wird. Der Begriff ist inhaltlich zunächst leer und kann die

unterschiedlichsten Formen und Ausprägung annehmen. Man könnte eine Vielzahl von historischen Einzelercheinungen aufzählen (z.B. Industrialisierung, Bürokratisierung, Demokratisierung, Bildungsexpansion, Säkularisierung etc.) und sie als Modernisierungsprozesse interpretieren, ohne dass damit auch nur ansatzweise Vollständigkeit angestrebt würde. Auch das, was verschiedentlich unter den Begriff der „Postmoderne“ gefasst wird, ist in diesem Kontext letztlich nur als eine weitere Spielart der Modernisierung zu interpretieren.

Welche Folgen haben nun Modernisierungsprozesse allgemein und wieso geht dies häufig mit einem steigenden Zuspruch zu populistischen Parteien oder Bewegungen einher? Modernisierungsprozesse sind gesellschaftliche Veränderungen in großem Maßstab. Sie gestalten zwangsläufig die Lebens- und Arbeitssituation erheblicher Teile der Bevölkerung in einschneidender Weise um. Nimmt man nur das bereits angeführte Beispiel des Wandels von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, so lassen sich hieran die bedeutenden Folgen für das Leben vieler Menschen illustrieren: Der Anteil der Bevölkerung, der in der Landwirtschaft beschäftigt war, nahm im Zuge der industriellen Revolution rapide ab. Damit einher ging ein rasanter Anstieg des Beschäftigtenanteils im industriellen Sektor. Ein erheblicher Teil der Landbevölkerung wanderte in die Städte als Standorte der neuen industriellen Produktion ab – eine Entwicklung, die je nach Betrachtungspunkt als „Landflucht“ oder „Verstädterung“ beschrieben werden kann. Gleichzeitig veränderte sich auch die Art und Weise der Produktion: Dominierte in Landwirtschaft und ländlichem Handwerk noch Selbstversorgung und Arbeit aus „einer Hand“, so traten in den städtischen Fabriken an deren Stelle Lohnarbeit und Arbeitsteilung.

Diese Veränderungen haben natürlich gewichtige Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Für manche sind diese eher vorteilhaft, für andere eher nachteilig. Modernisierung ist kein neutraler oder gar ausschließlich positiver Prozess, es werden immer „Gewinner“ und „Verlierer“ hervorgebracht. Gewinner von Modernisierungsprozessen sind häufig die Bevölkerungsgruppen, die sich an die stattfindenden Veränderungen am besten anpassen können oder sie als Avantgarde der Veränderung planvoll vorantreiben. In dieser Hinsicht waren die Gewinner der Industrialisierung – um beim Beispiel zu bleiben – die Mitglieder des sich herausbildenden Besitzbürgertums, die die neuen Fabriken als Zentren der industriellen Produktion betrieben, Handelsunternehmen oder Banken besaßen und von deren wirtschaftlichen Erfolg profitierten. Doch Modernisierung bringt auch immer Bevölkerungsgruppen hervor, die als Verlierer dieser Prozesse bezeichnet werden müssen. Dies ist in gewisser Hinsicht die „Schatten-seite“ der Modernisierung. Es sind in der Regel diejenigen, die sich nicht ohne weiteres den Veränderungen anpassen können oder zumindest durch den Wandel in unterschiedlicher Weise negativ betroffen werden. Die wichtigste Gruppe von Modernisierungsverlierern im Gefolge der Industriellen Revolution waren etwa

die Arbeiter in den entstehenden Fabriken. Sie lebten gerade in der Frühphase der Industrialisierung in großer Abhängigkeit von den Unternehmern und hatten diesen gegenüber kaum Verhandlungsmacht. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, schlechte Arbeitsbedingungen und die Gefahr, dass man von einem Tag auf den anderen seine Arbeit verlor, lasteten schwer auf dieser Bevölkerungsgruppe.

Eine solche soziale Situation, in der Menschen im Modernisierungsprozess verlieren, schafft die Voraussetzungen für politischen Protest. Zunächst ist es Unzufriedenheit, die sich in dieser Gruppe ausbreitet. Sie resultiert aus enttäuschten Erwartungen an Gesellschaft und Politik, von denen die Betroffenen hoffen, dass sie die negativen Konsequenzen der Modernisierung ausräumen oder zumindest doch abfedern. Allgemeine Unzufriedenheit kann dann schnell in politische Unzufriedenheit umschlagen, wenn die etablierten politischen Eliten die Probleme überhaupt nicht wahrnehmen, sie nicht lösen können oder sie gar nicht lösen wollen. Hier entsteht das, was heute allgemein unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ diskutiert wird – eine pauschale Unzufriedenheit mit der Politik und den Politikern mit ihren vermeintlich „leeren“ Versprechungen.

Schwerwiegender als die mehr oder weniger konkrete Unzufriedenheit dürften aber tieferliegende psychologische Probleme sein, die aus der sozialen Situation von Modernisierungsverlierern resultieren können: Die gravierenden Veränderungen, die mit den unterschiedlichen Modernisierungsprozessen einhergehen, können bei den Verlierern dieser Prozesse tiefgreifende Verunsicherungen bis hin zu Ohnmachtsgefühlen hervorrufen. Derart betroffene Menschen fühlen sich auf der einen Seite minderwertig, ziehen sich ängstlich zurück, klagen sich selbst an oder lassen sich von anderen ausnutzen. Auf der anderen Seite hegen sie Groll und Aggressionen oder leben Racheeffekte aus, um die Ohnmacht psychologisch zu kompensieren (Fromm 1937). Auch unter dem Begriff der Entfremdung werden ähnliche Phänomene diskutiert: Hierunter versteht man einen Zustand oder einen Prozess, in dem die Beziehung zu sich selbst, zu anderen Menschen oder zu Sachen zerstört wird (Schultze / Wasmuth 1998). Die unter Umständen drastischen Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die mit den Modernisierungsprozessen einhergehen, können eine derartige Entfremdung bewirken. Alte Gewohnheiten, Routinen und Traditionen gelten nicht mehr, Menschen verlieren in gewisser Hinsicht ihre soziale Identität und fühlen sich isoliert.

Aber warum sind es ausgerechnet populistische Parteien und Bewegungen, die von Unzufriedenheit, Ohnmachtsgefühlen und Entfremdung besonders begünstigt werden? Könnten nicht auch andere Akteure vom politischen Protest der Modernisierungsverlierer profitieren und sie an sich binden? Prinzipiell gibt es keinen zwingenden Grund, warum es nicht auch Organisationen, die nicht populistisch agieren, gelingen könnte, derartige Personen an sich zu binden. Allerdings gibt es viele Charakteristika des Populismus, die gerade die Unterstützung einer solchen Partei oder Bewegung nahe legen. Die populistische Agitation

spricht – so die hier vertretene These – Modernisierungsverlierer besonders effektiv an.

Ein wichtiges und weitgehend universelles Merkmal des Populismus ist es, dass er an das „Volk“, den „kleinen Mann auf der Straße“ appelliert (Canovan 2004: 247 ff.). Dies ist der Begriffskern des Wortes, der sich schon in seiner lateinischen Wurzel *populus* („das Volk“) widerspiegelt. Dabei wird „das Volk“ als eine mehr oder weniger homogene Masse betrachtet, Interessenunterschiede zwischen verschiedenen Klassen, Schichten oder Berufsgruppen der Bevölkerung werden weitgehend geleugnet. Häufig wird „das Volk“ zudem durch die Populisten romantisch überhöht und ihm viele positive Eigenschaften zugeschrieben: Es ist einfach, ehrlich und vernünftig, arbeitet hart und ist grundständig. Dies ist Balsam für die geschundenen Seelen der Modernisierungsverlierer. Den orientierungslosen und sozial isolierten Menschen wird dadurch ein Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt und ihnen eine soziale Identität gegeben.

Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass dem derart idealisierten Volk die „Elite“ oder das „Establishment“ gegenübergestellt wird (Decker 2004: 35 f.). Dabei erfolgt die Darstellung des „Establishments“ in ebenso klischeehafter und holzschnittartiger Weise, wie dies beim „Volk“ der Fall ist: Die „Elite“ ist in der Vorstellung der Populisten korrupt, selbstsüchtig und nur am Machterhalt orientiert. Eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Akteuren innerhalb der „Elite“ wird üblicherweise nicht vorgenommen. Statt dessen gehen Populisten davon aus, dass sich das gesamte „Establishment“ gegen „das Volk“ verschworen habe. Hierdurch werden verschiedene Bedürfnisse von Modernisierungsverlierern effektiv angesprochen. Einerseits wird ihre Unzufriedenheit mit der politischen Elite bedient, die für die negativen Modernisierungsfolgen oder zumindest die ausbleibende Abfederung ihrer Konsequenzen verantwortlich gemacht wird. Andererseits wird aber auch gerade durch die Abgrenzung gegenüber dem vermeintlich korrupten Establishment die Zugehörigkeit zum Kollektiv der „einfachen und ehrlichen Leute“ verstärkt und so eine Identitätsfindung unterstützt. Schließlich spricht die pauschale Gegenüberstellung von „korrupter Elite“ und „hart arbeitendem Volk“ die latente Wut und Aggression von sich politisch ohnmächtig fühlenden Menschen an.

Ein drittes übergreifendes Merkmal populistischer Bewegungen sind ihre charismatischen Führerfiguren, die sich zu Vertretern „des Volkes“ hochstilisieren und suggerieren, dass sie genau verstehen, was „die Leute auf der Straße“ wünschen. Mit ihnen steht und fällt zumeist ihr politischer Erfolg, sie sind Gesicht und Aushängeschild dieser Bewegungen. Jenseits der Tatsache, dass zum Transport von politischen Inhalten immer möglichst prominente und aus Sicht der Unterstützer vertrauenswürdige Personen notwendig sind, hat die Personenzentriertheit populistischer Bewegungen aber noch einen anderen Grund: Der tiefen Verunsicherung von Modernisierungsverlierern entspricht ein Bedürfnis nach

politischer Klarheit, nach Führung, die die als richtig wahrgenommenen Entscheidungen propagiert und durchsetzt.

Schließlich grenzen sich Populisten häufig von bestimmten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Minderheiten, ab und appellieren an diesbezügliche Ressentiments in der Bevölkerung. Bei Rechtspopulisten sind dies üblicherweise Ausländer, es können aber durchaus auch andere kulturelle, religiöse oder sprachliche Minderheiten sein. Häufig findet man auch Intellektuellenfeindlichkeit oder – insbesondere bei Linkspopulisten – eine personalisierte Kritik an den wirtschaftlichen Eliten. Auch hierdurch werden Modernisierungsverlierer effektiv angesprochen: Einerseits geht Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen, den so genannten „outgroups“, immer mit der Schaffung und dem Einschluss in eine eigene „ingroup“ einher. Dies fördert die Bildung einer sozialen Identität und schafft psychologische Sicherheit. Andererseits fördern Gefühle der individuellen Unterlegenheit und Schwäche, des Verletztseins und der Ungerechtigkeit immer auch die Suche nach „Sündenböcken“, die für die eigene Misere verantwortlich gemacht werden können. Insofern sind Modernisierungsverlierer besonders anfällig für die ressentimentgeladene Rhetorik von Populisten.

Die Argumentation dürfte den theoretischen Zusammenhang zwischen Modernisierungsprozessen und der Unterstützung populistischer Parteien und Bewegungen verdeutlicht haben. Allerdings ist es abschließend noch notwendig, einige gewichtige Einschränkungen zu machen, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass auf Modernisierungsprozesse stets und immer der Erfolg von Populisten folgt. Ein derartiger Determinismus ist in den Sozialwissenschaften praktisch nie zu beobachten. Zunächst muss das Potenzial für diese Bewegungen und Parteien ausreichend groß sein. Dies ist in aller Regel erst dann der Fall, wenn sich die negativen Folgen von Modernisierungsprozessen zu einer krisenhaften Situation verdichten. Erst dieser „populistische Moment“ (Goodwyn 1976) schafft für populistische Parteien und Bewegungen die Möglichkeit, in der Bevölkerung Wähler und Unterstützer zu mobilisieren. Es öffnet sich dann für Populisten ein Gelegenheitsfenster („*window of opportunity*“). Doch die günstige Gelegenheit muss auch genutzt werden. Es ist genauso möglich, dass eine etablierte Partei oder Bewegung die Themen aufgreift und auf diese Weise das Potenzial an sich binden kann. Auch müssen Populisten ihr Potential effektiv ansprechen, etwa durch die Massenmedien oder eigene Propaganda. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre ressentimentgeladene Rhetorik vorzubringen, und über eine überzeugende und rhetorisch geschickte Führerfigur verfügen. Erst wenn diese Bedingungen gegeben sind, kann auch mit einem Erfolg der Bewegung gerechnet werden (Decker 2004: 170 ff.).

3 Historische Beispiele für den Zusammenhang von Populismus und Modernisierung

Damit die theoretischen Erörterungen des letzten Abschnitts noch etwas plausibler werden, sollen die angestellten Überlegungen anhand von drei historischen Bewegungen mit populistischen Zügen belegt werden. Um den Zusammenhang zwischen Populismus und Modernisierung anhand dieser Beispiele beschreiben zu können, ist es natürlich notwendig, sich auf die Darstellung der groben Züge der jeweiligen historischen Situation zu beschränken (Rucht 1994: 99). Die Differenziertheit der Betrachtung, die sich in den Einzeldarstellungen zu diesen Bewegungen findet, kann in diesem Kontext nicht aufrecht erhalten werden. Die Gegenüberstellung der drei Beispiele soll im Übrigen keinesfalls nahe legen, dass es sich um Phänomene mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung handelt. In der Tat sind sie in Bezug auf die politischen *Inhalte* höchst verschieden. Populismus wird hier aber primär als *Politikstil*, als Form politischer Rhetorik aufgefasst, was eine Gegenüberstellung ideologisch recht unterschiedlicher Erscheinungen sinnvoll erscheinen lässt (zum ideologischen Gehalt des Populismus siehe den Beitrag von Lars Rensmann in diesem Band).

a) Die Populisten-Bewegung in den USA

Als erstes historisches Beispiel soll hier die Entwicklung der Populisten-Bewegungen in den USA des späten 19. Jahrhundert nachgezeichnet werden, die von vielen Autoren zu den klassischen Formen des Populismus gezählt wird (z.B. Allcock 1971: 372).¹ Ihren Ursprung hatte diese Bewegungen in den Jahren des Durchbruchs der Hochindustrialisierung nach Ende der so genannten *re-construction era* (1865 bis 1877), die den Wirren des amerikanischen Bürgerkrieges folgte. In der Zeit bis zur Jahrhundertwende entwickelten sich die Vereinigten Staaten zu einer der weltweit führenden Industrienationen, was in der Struktur ihres Wirtschaftssystems einschneidende Veränderungen hervorrief. So sorgte der steigende Finanzbedarf der Großindustrie dafür, dass sich konkurrierende Unternehmen zu Monopolkonzernen, den so genannten *trusts*, zusammenschlossen. Auch stieg in dieser Zeit der Einfluss großer Bankhäuser, die die entstehende Großindustrie mit Kapital versorgten. Schließlich war die Hochindus-

¹ Teilweise wird in der Selbstbezeichnung als „Populisten“ durch die amerikanische Populisten-Bewegung auch der Ursprung des politischen Begriffs „Populismus“ gesehen (Canovan 1981: 5). Unbeachtet bleibt dabei, dass bereits in der antiken römischen Republik eine Form populistischer Politik betrieben wurde: Die Gruppe der *populares*, die anfangs unter Führung der Gracchen stand, versuchte ihre Minderheitsposition innerhalb der politischen Führungsschicht gegenüber den *optimates* mit Hilfe der Volksversammlung zu überwinden.

trialisierung durch öffentlich subventionierte Großprojekte geprägt, von denen der Bau der großen Eisenbahntrassen nach Westen am bedeutsamsten war. Zentrum der Hochindustrialisierung war der amerikanische Nordosten mit seinen großen, durch Zuwanderung noch weiter wachsenden Städten. Hier hatten auch die meisten der großen Konzerne und Banken ihren Sitz.

Demgegenüber hatten insbesondere die Farmer und Pioniersiedler des Südens und Mittleren Westens unter diesen Entwicklungen zu leiden. Eröffnete ihnen der Eisenbahnbau anfangs noch die Möglichkeit, ihre Agrarprodukte im Westen und Nordosten der USA abzusetzen, gerieten sie später zunehmend in die Abhängigkeit der Eisenbahngesellschaften. Diese nutzten ihre Monopolstellung und berechneten enorme Frachtkosten, im Mittleren Westen manchmal viermal so hoch wie auf vergleichbaren Strecken im Nordosten (Hicks 1955: 60 ff.). Gleichzeitig sanken die Preise von agrarischen Produkten zwischen 1870 und 1897 um bis zu 50 Prozent (Schimmer 1997: 63). Viele Farmer gerieten dadurch in finanzielle Nöte und in die Abhängigkeit von ihren Kreditgebern. Besonders drastisch war die Praxis im Süden der USA, wo die Händler für Ausrüstung und Dünger den Farmern die Verpfändung der zukünftigen Ernteerträge abverlangten (so genanntes *crop lien system*). Die Händler hatten dadurch sogar die Möglichkeit, zu bestimmen, was die Farmer zukünftig anzubauen hatten – in aller Regel Baumwolle, so dass auch die Selbstversorgung der Bauern eingeschränkt wurde (Canovan 1981: 21 f.). Zudem machte es den Siedlern zu schaffen, dass nach dem amerikanischen Bürgerkrieg eine deflationistische Währungspolitik verfolgt wurde: Die Regierung kehrte zum Goldstandard zurück, das heißt: das im Umlauf befindliche Papiergeld wurde durch Gold gedeckt. Dies senkte die Preise und hob den Wert des Dollar – eine für die Farmer fatale Entwicklung, da sie nun weniger Dollar für ihre Agrarprodukte bekamen, während ihre Schulden in alter Höhe bestehen blieben (Goodwyn 1976: 13 ff.).

Die beklemmende wirtschaftliche Situation der Farmer mündete in organisierten Protest (Canovan 1981: 25 ff.). Erste Vorboten der Unruhe unter den Farmern war die Granger-Bewegung, die im Mittleren Westen Ende der 1860er Jahre entstand und vor allem Selbsthilfemaßnahmen propagierte. Es folgte die Greenback-Party, benannt nach der umgangssprachlichen Bezeichnung für eine Dollar-Note. Diese Partei forderte in den 1870er Jahren die Abschaffung des Goldstandards und konnte so bei einigen Wahlen Achtungserfolge erzielen. Schließlich gründete sich – erst in Texas, dann auch in anderen Staaten des Südens und Mittleren Westens – die *Farmers' Alliance*. Auch diese Gruppierung verfolgte zunächst eine Selbsthilfestrategie, ging aber schon bald zu aktivem politischen Protest über, was sich etwa im gemeinschaftlichen Boykott von Monopolkonzernen mit überhöhten Preisen äußerte. Die beiden großen Parteien, Demokraten wie Republikaner, sperrten sich jedoch gegen die politischen Forderungen der Populisten-Bewegung. Daher beschloss die *Farmers' Alliance* 1890,

selbst bei Wahlen anzutreten und gründete zu diesem Zweck die *People's Party*, auch *Populist Party* genannt. Mit Forderungen wie der Erhebung einer progressiven Einkommenssteuer, der Errichtung eines öffentlichen Postbanksystems und der Verstaatlichung der Eisenbahn- und Telekommunikationskonzerne konnten Kandidaten der Populisten in einigen Präsidentschafts- und Kongresswahlen beachtliche Erfolge erlangen und sogar die Gouverneure in einigen Bundesstaaten stellen. General Weaver, ihr Präsidentschaftskandidat von 1892, vermochte mehr als eine Million Stimmen auf sich zu vereinen. Damit war die *People's Party* die erste Partei, die halbwegs erfolgreich neben Republikanern und Demokraten bestehen konnte. Nach der Jahrhundertwende gingen die Erfolge dieser Partei jedoch zurück, wohl vor allem, weil die Protestbereitschaft der Farmer während des Konjunkturaufschwungs zwischen 1897 und 1920 abebbte und viele der politischen Forderungen durch die beiden großen Parteien aufgegriffen und umgesetzt wurden (Puhle 2003: 20).

Farmers' Alliance und *People's Party* wiesen die wesentlichen Merkmale populistischer Bewegungen auf und konnten so das Potenzial der durch Modernisierungsprozesse getroffenen Farmer gut ansprechen: Bei ihnen findet sich zunächst das typische idealisierte Volksverständnis, die Beschwörung des „common man“ und des hart arbeitenden Farmers. Es hatte seine Wurzeln in der amerikanischen Tradition der „agrarischen Demokratie“, die auf Jefferson und Jackson zurückgeht und das Ideal einer Gesellschaft von kleinen selbständigen Farmern pflegt. Den „einfachen Leuten“ im Süden und Mittleren Westen wurde ein Zerrbild der wirtschaftlichen und politischen Eliten an der Ostküste der USA entgegengesetzt: „Der Wall Street gehört das Land. [...] Die einfachen Leute in diesem Land sind Sklaven, die Monopole sind die Herren.“ So formulierte es Mary Elizabeth Lease, eine der umherreisenden Agitatoren der Populisten-Bewegung (Canovan 1981: 33). Diese Redner waren im Übrigen typisch für Partei und Bewegung, rhetorisch begabt und mit charismatischen Qualitäten ausgestattet. Im Unterschied zu anderen Populismen haben *Farmers' Alliance* und *People's Party* aber keine überragende Führerfigur hervorgebracht, die das Bild der beiden in der Öffentlichkeit dominiert hätte (Taggart 2000: 36). Schließlich findet sich in der amerikanischen Populisten-Bewegung auch die charakteristische ressentimentgeladene Abgrenzung gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder. Neben den vermeintlich „parasitären“ Bankern und Finanziers waren es auch nicht selten Juden und Schwarze, die Ziel populistischer Agitation wurden (Berlet / Lyons 2000: 64). So mischten sich bei den amerikanischen Populisten immer wieder progressive Forderungen mit rückwärtsgewandten autoritären Ideologieelementen, die das Janusgesicht dieser Bewegung ausmachen (Puhle 2003: 21).

b) Die Narodniki in Russland

In den meisten Überblicksarbeiten zu populistischen Bewegungen werden neben den amerikanischen Populisten ganz selbstverständlich die russischen *Narodniki*, zu deutsch: Volkstümpler oder Volksfreunde, als klassisches Beispiel für derartige Bewegungen genannt. Ein in mancherlei Hinsicht problematischer Vergleich, denn die *Narodniki* waren – im Unterschied zum amerikanischen Fall – nie eine Massenbewegung „von unten“, sondern eine Gruppe radikaler Intellektueller, die vergeblich die Unterstützung im Volk suchten. In diesem Sinne sind die *Narodniki* eher ein Beispiel für das Scheitern einer populistischen Bewegung.

Zu der Zeit, in der sich in Teilen Westeuropas und den USA die Hochindustrialisierung durchsetzte, war Russland noch vollkommen agrarisch geprägt und in den überkommenen Strukturen eines Feudalsystems gefangen: Fast 40 Prozent der Bevölkerung waren Ende der 1850er Jahre leibeigene Bauern, die auf dem privaten Grundbesitz ihrer Grundherren arbeiteten und letztlich deren „Eigentum“ waren (Pipes 1984: 150 ff.). Zar Alexander II. erkannte die Notwendigkeit, diese Situation zu ändern. Er tat dies allerdings nicht aus tieferer Überzeugung, sondern getrieben von der Befürchtung, dass die Leibeigenen sich andernfalls früher oder später selbst aus ihrer Lage befreien würden (Taggart 2000: 47). So verfügte der Zar 1861 die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Diese Maßnahme, so wichtig sie für die Leibeigenen zunächst auch war, verbesserte die soziale Lage der nun persönlich freien Bauern nicht wesentlich und brachte zudem ganz neue Probleme mit sich: Um weiterhin das Land bestellen zu können, von dessen Erträgen sie bisher gelebt hatten, mussten sie es von ihren ehemaligen Grundherren kaufen. Das Befreiungsdekret sah dafür eine sofortige Zahlung von 20 Prozent des Kaufpreises vor, der Rest war als „Ablösungszahlungen“ über fünfzig Jahre zu tilgen. Hinzu kam, dass die befreiten Bauern im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungsgruppen weiterhin eine hohe Kopfsteuer zu zahlen hatten und auch rechtlich den anderen Bauern nicht völlig gleichgestellt waren. Schließlich trug auch die demografische Entwicklung zur dramatischen Verschlechterung der Situation auf dem Lande bei: Die Bevölkerung stieg in den ländlichen Gebieten des europäischen Russlands bis zur Jahrhundertwende um die Hälfte, ohne dass sich gleichzeitig die landwirtschaftlichen Erträge verbessert hätten. Armut und einer verbitterte Stimmung machten sich in der Landbevölkerung breit (Pipes 1984: 169 ff.).

Ein klassischer populistischer Moment, möchte man meinen! Zwar lag die geschilderte Situation der amerikanischen Farmer in vielen Punkten anders, in Bezug auf die krisenhaften sozialen Auswirkungen von Modernisierungsprozessen dürfte sie jedoch mit der Lage der befreiten Bauern in Russland strukturell vergleichbar sein. Dennoch kam es dort zunächst nicht zu größeren Unruhen, auch blieben Organisationsversuche der Bauern im Wesentlichen aus. In dieser

Situation beschlossen in den frühen 1870er Jahren Tausende von jungen Studenten, ihr Leben in den Universitätsstädten aufzugeben und „ins Volk zu ziehen“ (russisch: *narodnichestvo*). Inspiriert war diese Bewegung durch intellektuelle Vordenker wie Alexander Herzen, Michail Bakunin oder Nikolaj Tschernyschewskij, die eine romantisierende Vorstellung von der russischen Landbevölkerung pflegten und die Zukunft Russlands in den russischen Bauern und nicht in einer Nachahmung westlicher Entwicklungen wie Industrialisierung oder liberale Demokratie sahen (Canovan 1981: 64 ff.). Die *Narodniki* sahen sich als Vollstrecker dieser Idee und versuchten, die Bauern für revolutionäre Aktivitäten zu gewinnen. Dies scheiterte jedoch kläglich. Die städtischen Intellektuellen, zumeist aus besseren Kreisen, waren von Habitus und Mentalität derart weit entfernt von den russischen Bauern, dass sie nur auf Unverständnis, Misstrauen und Ablehnung stießen. Zudem war die Sympathie für den Zaren trotz der desolaten Situation in der Landbevölkerung noch weitgehend ungebrochen. Der Versuch, die Bauern für ihre revolutionäre Sache zu gewinnen, endete mit der Verhaftung von 1.600 *Narodniki* durch die zaristische Polizei (Taggart 2000: 51 f.).

Das russische Beispiel zeigt, dass ein „populistischer Moment“ nicht automatisch zum Erfolg einer populistischen Bewegung führen muss. Die *Narodniki* vermochten es nicht, die Bauern effektiv zu mobilisieren. Die übrig gebliebenen Aktivisten richteten ihre Aufmerksamkeit stattdessen auf den bewaffneten Kampf gegen das verhasste Zarentum. Der Versuch, die Bauern für revolutionäre Ideen zu begeistern, war gescheitert. Die Idee der *Narodniki* von einer genossenschaftlich organisierten Gesellschaft von relativ Gleichen hatte jedoch Einfluss auf spätere anarchistische oder sozialistische Bewegungen in Russland (Puhle 2003: 21).

c) Populismus in der Weimarer Republik

Als drittes und letztes historisches Beispiel für den Zusammenhang von Populismus und Modernisierung soll hier auf einige populistische Interessenverbände und Kleinparteien des so genannten „alten Mittelstandes“ in der Weimarer Republik eingegangen werden. Der Erfolg dieser Organisationen ist Modernisierungsprozessen geschuldet, die schon in der Zeit des Ersten Weltkriegs ihren Ausgang nahmen. Hatten sich vor dem Krieg Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Arbeiter und Unternehmer unversöhnlich als „Klassenfeinde“ gegenübergestanden, begann mit dem Jahr 1914 eine Phase der engen Kooperation und des Kompromisses zwischen diesen bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen. Für die Bürokratie und das Militär des Kaiserreichs war das eine Notwendigkeit, konnte die Kriegswirtschaft doch nur durch eine enge Koordination zwischen den Tarifpartnern aufrecht erhalten werden, die durch Zugeständnisse gegenüber

den Gewerkschaften, etwa im Bereich betrieblicher Mitbestimmung, erkaufte wurde. Nach dem Ende des Kaiserreiches wurde die Einbindung von Gewerkschaften und Unternehmern in die staatlichen Entscheidungsprozesse fortgesetzt. Man bezeichnet dies allgemein als korporatistische Umformung der Industriegesellschaft – die Weimarer Republik war in dieser Hinsicht der „Probelauf des Korporatismus“ (Peukert 1987: 112). Zum Ausdruck kam dies einerseits im so genannten „Stinnes-Legien-Abkommen“; andererseits wurde die Zusammenarbeit institutionell durch Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) abgesichert, die später maßgeblichen Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Weimarer Republik hatte.

Für den „alten Mittelstand“ aus kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern, Einzelhändlern, Krämern und Spediteuren war die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein schreckliches Szenario. Sie glaubten zwischen den organisierten Interessen der Großindustrie und der Industriearbeiterschaft, zwischen Kapital und Arbeit erdrückt zu werden (Feldman 1986: 4 ff.). Diese Befürchtung hatte einen durchaus realen Hintergrund, äußerte doch der Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände im Jahre 1919, dass nicht das Bürgertum, sondern die Arbeiter der Bündnispartner der Unternehmer seien (Winkler 1972: 67). Auf der anderen Seite vertrat die Sozialdemokratie eine Politik, die als gegen den Mittelstand gerichtet interpretiert wurde: In ihrem Heidelberger Programm von 1925 war – im Anschluss an eine Passage aus Marx’ „Kapital“ – von der „inneren Notwendigkeit“ der Verdrängung des Kleinbetriebs durch die Großbetriebe die Rede. Überdies gab es nach der Revolution im Jahr 1918 in den Reihen der Sozialdemokratie Pläne zur Enteignung kleiner Gewerbebetriebe auf kommunaler Ebene (Fritzsche 1990: 41).

Aber auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machte dem „alten Mittelstand“ zu schaffen. Das Handwerk, dessen Anteil an der Erwerbsbevölkerung ohnehin im Abnehmen begriffen war, fristete in der Weimarer Republik eine kärgliche Existenz – das Durchschnittseinkommen eines Handwerkers betrug nur etwa die Hälfte des Einkommens von Facharbeitern in der Industrie (Wehler 2003: 300). Die Kleinhändler wiederum, gerade in der Form der damals noch weit verbreiteten „Tante-Emma-Läden“, hatten schwer mit der Konkurrenz durch die großen Warenhäuser und Konsumgenossenschaften zu kämpfen. Die Inflation der frühen zwanziger Jahre tat ihr Übriges: Handwerker und Händler konnten in dieser Zeit von ihren Erlösen häufig noch nicht einmal die Wiederbeschaffung der Materialien decken (Winkler 1972: 76 ff.).

Im sozial isolierten alten Mittelstand machte sich in der Weimarer Republik das breit, was Theodor Geiger, Soziologe und Zeitzeuge, etwas später als „Panik im Mittelstand“ bezeichnen sollte (Geiger 1930). Die Händler und Kleingewerbetreibenden waren von der Politik der etablierten Parteien mehr als enttäuscht. Dies galt auch für die bürgerlichen Parteien, die sich eigentlich als traditioneller

Partner dieser Bevölkerungsgruppe gesehen hatten, aber in der Wahrnehmung vieler Mittelständler zu sehr die Interessen der Großindustrie bedienten. Konnten die linksliberale DDP und die nationalliberale DVP bei den ersten Wahlen der Weimarer Republik noch einen großen Teil des alten Mittelstandes an sich binden, so geriet dieses Wählerpotenzial spätestens mit den Reichstagswahlen 1924 in Bewegung (Winkler 1972: 134 ff.). In den Interessenverbänden des Handwerks und des Handels wurde deshalb schon in den frühen zwanziger Jahren die Gründung einer eigenen Partei diskutiert, doch die Verbandsfunktionäre waren skeptisch und wollten den dann unvermeidlichen Bruch mit den liberalen Parteien abwenden. Die Zurückhaltung der Funktionäre wurde von den Mittelständlern nicht unbedingt geteilt. Schon in der Inflationszeit leiteten sie ihren Protest vermehrt über lokale und regionale Vereinigungen oder spontan einberufene Versammlungen direkt an die Regierungsstellen weiter. Es bildeten sich freie Fachverbände, die nicht den offiziellen Dachverbänden angeschlossen waren. Bei Wahlen wurden vermehrt kleine Splitterparteien unterstützt, die sich in radikaler Weise den Interessen des Mittelstandes verschrieben hatten. Insbesondere die „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“, aber auch regionale Organisationen wie der „Braunschweiger Wirtschaftsverband“ konnten so Achtungserfolge erzielen (Fritzsche 1990: 105 ff.). Anfang der dreißiger Jahre gelang es der NSDAP, den alten Mittelstand zunehmend an sich zu binden. Die mittelständischen Interessenverbände wurden entweder gezielt von Nationalsozialisten unterwandert oder, wo dies scheiterte, der NSDAP nahe stehende Gegenorganisationen gegründet. Großangelegte Kampagnen, etwa gegen Warenhäuser, taten ihr Übriges, um große Teile des Mittelstandes für die NSDAP zu gewinnen (Winkler 1972: 166 ff.). Der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen in den frühen dreißiger Jahren kann zwar nicht ausschließlich mit der „Panik im Mittelstand“ erklärt werden, die allmähliche Abwanderung des alten Mittelstandes hat aber nach neueren Untersuchungen der historischen Wahlforschung erheblich zu deren Aufstieg beigetragen (Falter 1991: 371 f.).²

Der Erfolg sowohl der kleinen Splitterparteien wie auch später der NSDAP bei den Angehörigen des alten Mittelstands ist gerade auch auf deren populistische Agitation zurückzuführen, die diese Bevölkerungsgruppe gezielt ansprach. In Reden und Wahlkampfschriften der „Wirtschaftspartei“ findet sich häufig die

² Die These von der „Panik im Mittelstand“ wird von Wehler (2003: 301 ff.) vehement bestritten. Der alte Mittelstand sei keineswegs „wie eine monolithische Verkörperung des neuen Rechtsradikalismus geschlossen in das Lager der NSDAP gedriftet“. Dies wird aber von Theodor Geiger, dem Urheber dieser These, auch nicht behauptet. Geiger (1930: 647) geht davon aus, dass etwa die Hälfte der Wähler der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 dem Mittelstand angehörten. Die methodisch wohl fortgeschrittenste Untersuchung der nationalsozialistischen Wählerschaft von Falter (1991: 371) stellt für die letzten fünf Reichstagswahlen einen Mittelstands-Anteil von etwa 60 Prozent fest – was die These von der „Panik im Mittelstand“ durchaus plausibel erscheinen lässt.

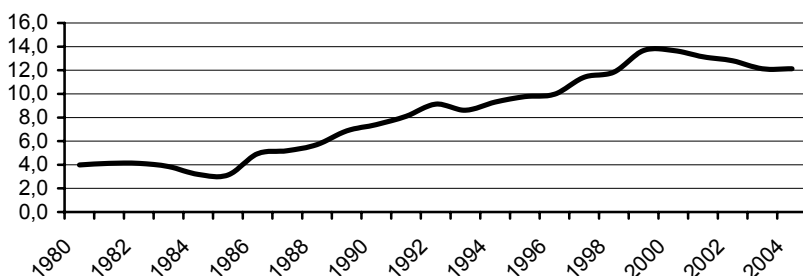
Beschwörung des „kleinen Mannes“ und des „gesunden Mittelstandes“, wobei letzterer eine „ideale Bedeutung [...] für das Staats- und Volksleben“ habe (Schumacher 1972: 47 ff.). Der Mittelstand wurde damit zum ideellen Kern des Volkes, zur „Quelle der deutschen Volkskraft“ hochstilisiert. Dieser idealisierten Selbstbeschreibung wurde eine radikale Kritik der politischen Eliten gegenübergestellt. So heißt es in einem Wahlauftritt der Wirtschaftspartei 1924 gleich zu Beginn: „Schluss mit diesem System!“ – gemeint war das System des neuzeitlichen Parlamentarismus. Man kritisierte „Misswirtschaft“, „Korruption“ und „Gewerkschafts- und Verwaltungsbürokratie“, forderte einen Abbau der „Ausnahmegesetzgebung“ gegen Handwerk und Einzelhandel und ein Ende der „parlamentarischen Futterkrippenpolitik“ (Schumacher 1972: 55 ff.). Auch findet sich in der populistischen Ansprache des Mittelstandes immer wieder das typische Element der Abgrenzung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen, vor allem in Bezug auf die organisierte Arbeiterschaft und die Unternehmer, oder – in der Sprache der NSDAP – gegenüber „Marxismus“ und „Großkapital“. In idealer Weise zeigt sich dies in den nationalsozialistischen Kampagnen gegen Warenhäuser und Konsumgemeinschaften. Die großen Warenhäuser standen für „das Großkapital“, die sozialdemokratische Idee der Konsumgemeinschaft für die „Arbeiterklasse“, und beide Phänomene standen in direkter Konkurrenz zu den kleinen Händlern des Mittelstandes. Zusätzlich wurde die Kampagne gegen die Warenhäuser antisemitisch aufgeladen, es ging gegen die „jüdischen Warenhäuser“ (Winkler 1972: 170 f.). So konnte der im Mittelstand weit verbreitete Antisemitismus noch zusätzlich zur populistischen Ansprache genutzt werden. Ein Schwachpunkt zumindest der Wirtschaftspartei lag im Fehlen einer charismatischen Führerfigur. Zwar hatte man mit Hermann Drewitz, dem Gründer und langjährigen Vorsitzenden der Partei, eine durchaus über engere Mittelstandskreise hinaus populäre Person an der Spitze; Drewitz war jedoch alles andere als charismatisch und wirkte in Reden eher schwerfällig (Schumacher 1972: 58 ff.). Auch dies mag ein Faktor gewesen sein, warum die Wähler des Mittelstandes der NSDAP mit ihrem Führer Hitler an der Spitze ab 1930 den Vorzug gaben.

4 Rechtspopulismus als „Schattenseite“ aktueller Modernisierungsprozesse

Von den historischen Beispielen für populistische Bewegungen und Parteien wenden wir den Blick nun auf die aktuellen Phänomene. Seit etwa Mitte der achtziger Jahre kann in vielen westlichen Industrienationen der Aufstieg einer neuen Parteienfamilie beobachtet werden, für die sich mittlerweile in der Politikwissenschaft die Bezeichnung „rechtspopulistische Parteien“ weitgehend durchgesetzt hat (Decker 2004, Pfahl-Traughber 1994, Betz 1994). Parteien wie der Front National in Frankreich, der Vlaams Blok in Belgien, die Danks Folke-

parti in Dänemark, die Schweizerische Volkspartei in der Schweiz oder die Fremskrittspartiet in Norwegen können bei Wahlen regelmäßig zweistellige Ergebnisse erzielen. Aber auch Parteien, die momentan den Höhepunkt ihrer Wahlerfolge überschritten zu haben scheinen, müssen zu dieser Gruppe gezählt werden: etwa die Freiheitliche Partei in Österreich, die Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden, die Lega Nord in Italien oder auch die Schill-Partei in der Bundesrepublik. Seit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich in den jungen Demokratien Osteuropas ebenfalls derartige Parteien entwickelt (Mudde 2000). Überdies können auch in den USA, in Kanada sowie in Australien und Neuseeland ähnliche Phänomene beobachten werden. Hier sollen allerdings die rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa im Vordergrund der Betrachtung stehen.

Abbildung 1: Erfolge rechtspopulistischer Parteien bei nationalen Wahlen 1980 bis 2004.



Quelle: Eigene Berechnung (arithmetisches Mittel der nationalen Wahlergebnisse von FPÖ, Dänischer Volkspartei, Norwegischer Fortschrittspartei, Front National, Schweizerischer Volkspartei und Vlaams Blok)

Wenn man – wie in Abbildung 1 dargestellt – den beinahe ungebrochenen Anstieg der Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien seit Mitte der achtziger Jahre betrachtet, so stellt sich die Frage, welche Ursachen dem Erfolg dieser Parteien zugrunde liegen. Üblicherweise muss man davon ausgehen, dass ein gewichtiger Teil des Erfolgs nur aus dem nationalen Kontext des jeweiligen politischen Systems heraus erklärt werden kann. Die weitgehend parallele Entwicklung in den Ergebnissen einer ganzen Parteienfamilie legt aber die Vermutung nahe, dass es auch länderübergreifende Gründe für dieses Phänomen geben muss. In der Politikwissenschaft werden unterschiedliche Ansätze vertreten, die das Phänomen des Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa erklären sollen. Eine der wichtigsten Erklärungen läuft darauf hinaus, auch diese populistischen Phänomene als Folge von Modernisierungsprozessen zu betrachten. Zu-

meist wird in diesem Kontext auf den Prozess der Globalisierung hingewiesen – zugespitzt könnte man daher den Erfolg rechtspopulistischer Parteien als eine der „Schattenseiten der Globalisierung“ bezeichnen (Heitmeyer 2001). Es wird im Folgenden zu diskutieren sein, inwiefern die unter dem Oberbegriff „Globalisierung“ zusammengefassten Modernisierungsprozesse tatsächlich für das Erstarren dieser Parteienfamilie verantwortlich sind.

In der wissenschaftlichen Diskussion war lange Zeit umstritten, ob es die „Globalisierung“ überhaupt gibt, und wenn ja: worin das spezifisch Neue der heute ablaufenden Globalisierungsprozesse besteht (Held u.a. 1999: 2 ff.). Mittlerweile dürfte weithin Konsens darüber bestehen, dass unter Globalisierung verschiedene Formen der Denationalisierung zu fassen sind – also Prozesse, die den nationalstaatlichen Rahmen ökonomischen, kulturellen wie politischen Handelns überwinden und in diesem Sinn zu einer Entgrenzung führen, ohne dass damit die Nationalstaaten als klassisches Territorium der Politik verschwinden würden (Zürn 1998).

Die bedeutendste Dimension der Globalisierung ist ohne Zweifel die ökonomische. Sie macht den Kern dessen aus, was in verkürzter Weise allgemein unter Globalisierung verstanden wird. Die These von der ökonomischen Globalisierung konstatiert eine weltweite Ausdehnung wirtschaftlicher Aktivitäten und eine wachsende Intensität der Waren- und Kapitalströme zwischen den Ländern (Perraton u.a. 1998). So ist beispielsweise die Exportquote, also der Anteil des Welthandels an der Gesamtproduktion, von 10 Prozent in den fünfziger Jahren auf 15 bis 20 Prozent in den neunziger Jahren gestiegen. Die Ausdehnung weltweiter wirtschaftlicher Beziehungen ist Ausdruck einer beschleunigten Arbeitsteilung zwischen den Nationen: Es werden exportorientierte Industrien auch in den Ländern aufgebaut, die noch vor einiger Zeit Güter importierten. Die Industrien in diesen „Schwellenländern“ treten damit in Konkurrenz zu jenen in den alten Industrienationen, gerade auch im Bereich der Löhne, die in den „Schwellenländern“ zumeist deutlich niedriger sind. Dies soll nicht heißen, dass sich diese Konkurrenz auf alle wirtschaftlichen Bereiche auswirkt: Große Teile der Volkswirtschaft eines Landes beruhen immer noch auf nicht-exportierbaren Gütern und Dienstleistungen, entziehen sich also jeder internationalen Konkurrenz. Überdies können die alten Industrienationen den Verlust der Konkurrenzfähigkeit im Bereich der Produkte, für deren Herstellung niedrigqualifizierte Arbeit ausreicht, durch die Entwicklung neuer Produkte kompensieren, die hochqualifizierte Arbeit erfordern. Die pauschale Behauptung, dass eine Volkswirtschaft aufgrund hoher Löhne nicht international wettbewerbsfähig sei, kann daher auch nur für die exportorientierten Industrien gelten, die auf niedrigqualifizierte Arbeit in hohem Maße angewiesen sind. In jedem Fall schafft die ökonomische Globalisierung Verlierer in den Bereichen der Volkswirtschaft, die von der internationalen Konkurrenz am stärksten betroffen sind und daher Struktur-

anpassungen vornehmen müssen (Perraton u.a. 1998: 147 ff.). Arbeitslosigkeit, Berufswechsel oder sinkende Reallöhne können die Folge sein.

Neben der ökonomischen Dimension der Globalisierung findet sich zugleich eine kulturelle Dimension. Diese schlägt sich zunächst darin nieder, dass die grenzüberschreitende Kommunikation zunimmt. Dies ermöglicht nicht nur den weltweiten Austausch von Ideen; es geht auch einher mit neuen Strategien einer international agierenden Kulturindustrie, die Filme, Bücher und Werbung global verbreitet (Berking 2001). Ein weiterer Aspekt kultureller Globalisierung wird allgemein in der Zunahme von Migration gesehen. Auch wenn sich die westlichen Industrienationen seit den siebziger Jahren gegenüber Einwanderern aus den Entwicklungsländern vermehrt abschotten, findet Migration in diese Länder weiter statt. Zudem kann man gerade in Westeuropa auch eine nicht unerhebliche Binnenmigration feststellen, etwa zwischen den Staaten der Europäischen Union. Aufgrund von Migration, Binnenwanderung oder auch nur Tourismus werden die Grenzen traditioneller lokaler Kulturen überwunden (Berking 2001: 98). An die Stelle konservierter traditioneller Lebensstile treten damit zunehmend alternative Formen. So können an einem Ort gleichzeitig verschiedenste kulturelle Identitäten nebeneinander existieren. Das Aufbrechen des traditionellen Zusammenklangs von Territorialität und kultureller Identität ruft bei vielen Menschen Verunsicherung hervor. Sie können oder wollen derartige Veränderungen nicht hinnehmen. Diese Gruppe von Personen könnte man als Verlierer der kulturellen Globalisierung auffassen.

Schließlich hat die Globalisierung auch eine politische Dimension, die eng mit den beiden anderen Dimensionen verwoben ist. Politische, ökonomische und gerade auch ökologische Probleme, die sich heute häufig über die Grenzen des Nationalstaats hinaus auswirken, können kaum noch im Rahmen nationaler Politiken angegangen werden. Ihre Regulierung bedarf zunehmend supranationaler oder internationaler Maßnahmen, die den Wirksamkeitsverlust nationaler Politik jedoch kaum ausgleichen können. Die Steuerungsfähigkeit des klassischen Nationalstaats nimmt daher tendenziell ab. Dort, wo komplexe Probleme dennoch einer Lösung zugeführt werden, steigt auch die Unübersichtlichkeit der Politik – mit der Folge, dass die Bürger immer häufiger eine Reduzierung demokratischer Kontroll- und Einflussmöglichkeiten verspüren. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Europäische Union, mit der die Mitgliedsstaaten versuchen, Handlungsfähigkeit auf einer höheren Ebene wieder herzustellen. Der Gang der Entscheidungen in der EU wird jedoch von den wenigsten Bürgern der Mitgliedsstaaten nachvollzogen, wobei dies sicherlich auch auf eine schlechte Politikvermittlung durch die Gremien der EU und die Medien zurückzuführen ist. Mangelnde Steuerungsfähigkeit und Intransparenz demokratischer Prozesse sind wiederum der Nährboden für Politik- und Parteienverdrossenheit, die sich in den Reihen der „Verlierer“ dieser Entwicklungen breit macht.

Personen und Gruppen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen wie politischen Globalisierung negativ betroffen sind, bilden das Wählerreservoir für die rechtspopulistischen Parteien. In den Reihen dieser „Modernisierungsverlierer“ finden sich politische Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit. Das Protestpotenzial muss aber auch effektiv angesprochen werden. Hier kommen erneut die Merkmale populistischer Agitation ins Spiel, die sich auch für das aktuelle Phänomen des Rechtspopulismus in Westeuropa nachweisen lassen und diese Parteien für Modernisierungsverlierer besonders attraktiv machen.³

Am offensichtlichsten dürfte das Element der charismatischen Führerfigur sein. Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen, Pim Fortuyn oder Umberto Bossi – sie dominieren das Bild der Rechtspopulisten in den Medien und sind zentral für die populistische Ansprache (Taggart 2000: 100 ff.). Mit ihnen steht und fällt der Erfolg dieser Parteien, wie man am Niedergang der Lijst Pim Fortuyn, der Schill-Partei und selbst der FPÖ nach Tod, Ausscheiden oder Selbstdemontage ihrer Anführer erkennen kann. Die Parteien sind sich der Wichtigkeit dieser Personen bewusst und stellen sie gezielt in den Vordergrund. „Einfach ehrlich, einfach Jörg“, so lautete beispielsweise ein Slogan der FPÖ im Wahlkampf 1994. Dabei geben die Rechtspopulisten vor, selbst genau zu wissen, was „das Volk“ denkt und fühlt: Pim Fortuyn versprach, den Bürgern „Gehör zu verschaffen“, ihnen „ihr Land zurückzugeben“. Unter Haiders Plakaten konnte man lesen „Er sagt, was wir denken“. Und Le Pen beschrieb sich in seinem Buch „Für Frankreich“ als „Schutzherr der kleinen Leute“ und „Mann aus dem Volk“.

Diese Zitate führen zum zweiten Merkmal populistischer Agitation: dem Rekurs auf „das Volk“ und die „kleinen Leute“. Man kann dies in vielen Äußerungen der Rechtspopulisten nachweisen. Besonders auffällig ist dabei die Betonung der „nationalen Präferenz“: „Österreich zuerst!“, „France d’abord!“, „Eigen volk eerst!“, so lauten gängige Slogans von FPÖ, Front National und Vlaams Blok, die einerseits unterstellen, dass die nationalen Regierungen eigentlich Politik für andere machten, andererseits die nationale Identität ihrer Anhänger stärken. Dabei greifen nicht alle rechtspopulistische Parteien auf nationale Identitäten zurück; einige betonen stattdessen die regionale Zugehörigkeit – bis hin zur Forderung nach Separation (Lega Nord, Vlaams Blok).

Auch spielt bei den rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa die Abgrenzung gegenüber dem politischen Establishment eine große Rolle: So wenden sich Jörg Haider und die FPÖ gegen den „Proporzstaat“ und die „Herrschaft der Altparteien“, die Österreich zu ihrem „Beutestück“ machen würden, der Front National von Jean-Marie Le Pen macht mobil gegen das „dekadente politische

³ Die wörtlichen Zitate der folgenden Passagen wurden den Büchern von Bailer-Galanda / Neugebauer (1997) und Scharsach (2002) entnommen.

System“ und die „korrupte politische Klasse“ und auch Pim Fortuyn in den Niederlanden wollte das „Durcheinander von acht Jahren Lila“ (gemeint ist die Koalition von Sozialdemokraten, Rechts- und Linksliberalen) beenden. Hier wird gezielt die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien angesprochen und die jeweilige rechtspopulistische Partei als glaubwürdige Alternative dargestellt, die mit den vermeintlich korrupten Eliten „aufräumt“.

Schließlich findet sich bei den Rechtspopulisten Westeuropas auch die typische Abgrenzung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen und der Appell an diesbezügliche Ressentiments. Dominant ist vor allem die Ansprache ausländerfeindlicher Stimmungen in der Bevölkerung, die mit besonders aggressiven Slogans betrieben wird. „Überfremdung kostet Lebensqualität“, „Zuwanderung ist Völkermord“ und „Wien verliert seinen mitteleuropäischen Charakter“, so lauten Aussagen der FPÖ zu diesem Thema. Beim Vlaams Blok ist die Rede von „krausköpfigen Gastarbeitern“, die „unsere Heimat ausplündern“, „unsere Töchter vergewaltigen“ oder „unsere Kultur auslöschen“. Und Umberto Bossi von der Lega Nord fordert, die Flüchtlingsboote aus Afrika von der italienischen Marine unter Beschuss nehmen zu lassen. Die rechtspopulistischen Parteien als reine Anti-Migrationsparteien aufzufassen, geht aber insofern fehl, als die Ressentiments im Prinzip auf beliebige Minderheiten angewandt werden können, solange eben diffuse Vorbehalte in der Bevölkerung vorhanden sind. Am deutlichsten kommt dies bei Le Pen zum Ausdruck, der auf alle möglichen Vorurteile zurückgreift und sie mit großer Aggressivität vorträgt. So will er die „Diktatur extremistischer Linksjuden“ nicht länger hinnehmen, wettet gegen „Zigeuner und anderes Gesindel“, gegen „perverse Homosexuelle, die hinter Schloss und Riegel gehören“ und gegen Aidskranke, die „den Virus durch alle Poren ausschwitzen“ und „wie Leprakranke weggesperrt gehören“. Die Ressentiments sind austauschbar, doch die Funktion ihrer Ansprache, die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und die damit verbundene Bestärkung der eigenen Identität, ist universell.

5 Die Wähler rechtspopulistischer Parteien als Modernisierungsverlierer

Der letzte Abschnitt hat versucht, auf einer eher globalen Ebene den Zusammenhang zwischen Populismus und Modernisierung für das aktuelle Phänomen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa plausibel zu machen. Im Gegensatz zu den historischen Beispielen kann man heute aber auch versuchen, diesen Zusammenhang anhand von Umfragedaten nachzuweisen. Daher soll im Folgenden untersucht werden, ob sich in der Wählerstruktur rechtspopulistischer Parteien Hinweise für eine Bestätigung der Modernisierungsverlierer-These finden lassen.

Die hier verwendeten Daten entstammen dem so genannten Eurobarometer, das seit den siebziger Jahren im Auftrag der Europäischen Kommission in allen EU-Mitgliedsstaaten und zeitweise auch in Norwegen erhoben wurde. Für die Analyse wurden die einzelnen Umfragenwellen von 1978 bis 2002 aus methodischen Gründen zu einem Datensatz zusammengefasst, so dass hier nur Aussagen über die Wählerschaft dieser Parteien insgesamt getroffen werden können. Etwaige Veränderungen über die Zeit bleiben dabei außen vor, wurden aber vom Verfasser kontrolliert und ergeben keine wesentlichen Abweichungen vom hier präsentierten Ergebnis. Um den Rahmen dieses Artikels nicht zu sprengen sind zwei weitere Einschränkungen notwendig: Erstens soll hier nur von Interesse sein, ob sich in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien Anzeichen für die Auswirkungen der ökonomischen Dimension der Globalisierung finden lassen. Zweitens beschränkt sich die Analyse auf fünf wichtige Parteien, die über einen längeren Zeitraum bei Wahlen angetreten sind. Dies sind der belgische Vlaams Blok (VB), der französische Front National (FN), die italienische Lega Nord (LN), die norwegische Fremskrittspartiet (FRP) und die österreichische FPÖ.

Da man in einer Umfrage die Modernisierungsverlierer-Eigenschaft einer Person nicht einfach abfragen kann, müssen wir auf ein indirektes Verfahren zurückgreifen. Mithilfe einer Reihe von Indikatoren betrachten wir sozialstrukturelle Merkmale und Einstellungen der Wählerschaft dieser Parteien und interpretieren sie im Lichte der Modernisierungsverlierer-These (so auch: Kriesi 1995). Die Indikatoren lassen sich dabei in zwei Gruppen einteilen: Zunächst kann man Hinweise auf eine Überrepräsentation der Bevölkerungsgruppen suchen, die zu den tatsächlichen Verlierern aktueller Modernisierungsprozesse gehören. In den Sozialwissenschaften wird dies als *objektive Deprivation* bezeichnet. Unter Deprivation kann allgemein eine Benachteiligung, eine Entbehrung, ein Mangel an Gütern oder Möglichkeiten zur Selbstentfaltung verstanden werden (Wasmuth 1998). Diese Mangelercheinungen können materiell sein, wie dies im Fall von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder allgemeiner Armut der Fall ist. Sie können aber auch immaterielle Formen annehmen, etwa bei einem niedrigen Bildungsgrad oder fehlenden sozialen Kontakten. Objektiv ist die Deprivation dann, wenn sie tatsächlich vorliegt. Im Rahmen der folgenden Analyse fallen vier Indikatoren in diese Gruppe: Es soll untersucht werden, ob die Wähler rechtspopulistischer Parteien nach Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Berufsgruppe zu den Bevölkerungsteilen gehören, die im Gefolge ökonomischer Globalisierung benachteiligt sind.

Eine zweite Gruppe von Indikatoren, die hier präsentiert werden soll, wird zumeist als *subjektive Deprivation* bezeichnet. Hierunter wird ein Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit verstanden, der in der Kluft zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand der eigenen Lebensverhältnisse begründet liegt (Winkler 2000: 54). Im Unterschied zur objektiven Deprivation müssen keine

tatsächlichen Mangelerscheinungen vorliegen, vielmehr reicht ein dahingehendes subjektives Empfinden aus bzw. die Befürchtung, dass es demnächst zu einer solchen Situation kommen könnte. In dieser Gruppe sollen drei Indikatoren herangezogen werden: Die Einschätzung der generellen wirtschaftlichen Situation im Lande im Vergleich zum Vorjahr, die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation im Vergleich zum Vorjahr, sowie die Einschätzung der persönlichen Situation im nächsten Jahr.

Welche Erwartung haben wir nun in Bezug auf diese Indikatoren? Im Falle der Indikatoren objektiver Deprivation dürfte man vor allem von zwei Gruppen annehmen, dass sie im ökonomischen Globalisierungsprozess unter Druck geraten: Einerseits die Gruppe jüngerer männlicher Industriearbeiter mit eher geringer Qualifikation, die durch die internationale Konkurrenz unter Lohndruck geraten oder arbeitslos werden (Perraton u.a. 1998: 147 f.). Andererseits wird auch die Gruppe des traditionellen alten Mittelstandes aus kleinen Ladenbesitzern und Handwerkern genannt, die durch moderne Warenhäuser, Supermärkte und Handelsketten in ihrer Existenz zunehmend bedroht werden (Swank / Betz 2003: 216). Bei den Indikatoren subjektiver Deprivation ist davon auszugehen, dass die Wähler rechtspopulistischer Parteien eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und der konkreten eigenen Finanzlage sehen und zusätzlich befürchten, dass sich ihre persönliche Situation weiter verschlechtert.

Konfrontieren wir diese theoretischen Erwartungen nun mit den Ergebnissen der Analyse des Eurobarometers. In Tabelle 1 sind die Indikatoren objektiver Deprivation für die fünf hier untersuchten Parteien aufgeführt. Dabei wurde eine Darstellungsweise gewählt, die die Über- bzw. Unterrepräsentation der jeweiligen Gruppe in der Wählerschaft der jeweiligen Partei im Vergleich zur gesamten Wählerschaft in einem Land visualisiert. Das Ergebnis deutet auf eine vorsichtige Bestätigung der Vermutungen hin: Idealtypisch gesprochen sind es eher jüngere Männer mit geringer oder mittlerer Schulbildung, die rechtspopulistische Parteien wählen. Von ihrem Beruf her sind sie Facharbeiter oder sonstige, unqualifizierte Arbeiter, seltener Meister oder Vorarbeiter. Arbeitslose und der alte Mittelstand aus Ladenbesitzern und Handwerkern sind ebenfalls überrepräsentiert. Es ergeben sich bei einzelnen Parteien Abweichungen, die nur vor dem Hintergrund des jeweils spezifischen nationalen Kontextes interpretiert werden können.

Tabelle 1: Indikatoren objektiver Deprivation.

	VB	FN	LN	FRP	FPÖ
Alter:					
15–24 Jahre	++	++	+++	+++	++
25–34 Jahre	+	–	+/-	+	+
35–44 Jahre	–	–	+/-	–	+
45–54 Jahre	+/-	+	++	–	–
55–64 Jahre	+/-	+/-	–	–	–
65+ Jahre	–	–	–	–	–
Geschlecht:					
Männlich	++	++	++	++	++
Weiblich	–	–	–	–	–
Bildungsgrad:					
–15 Jahre (bei Verlassen der Schule)	+/-	+	–	–	+/-
16–19 Jahre	++	++	+	+++	+
20+ Jahre	–	–	–	–	–
Berufsgruppen (Auswahl):					
Ladenbesitzer, Handwerker	–	+++	+++	+++	++
Meister und Vorarbeiter	–	–	–	+++	+
Facharbeiter	+++	+++	+++	+++	+++
Sonstige Arbeiter	+++	+++	+/-	+++	++
Arbeitslose	++	++	–	+++	+++

Quelle: Eurobarometer 1978 bis 2002, eigene Berechnung. Dargestellt ist der Grad der Über- bzw. Unterrepräsentation in der jeweiligen Gruppe: +/-5,0 % (+/-); +5,1 bis +15,0 % (+); +15,1 % bis +30,0 % (++); +30,1 % und mehr (+++); -5,1 bis -15,0 % (-); -15,1 % bis -30,0 % (--); -30,1 % und mehr (---).

Nun zu den Indikatoren subjektiver Deprivation, bei denen die selbe Darstellungsweise gewählt wurde.⁴ Auch hier scheinen sich die formulierten Erwartungen auf den ersten Blick zu bestätigen. Rechtspopulistische Parteien sind in der Gruppe derjenigen, die im Vergleich zum Vorjahr die generelle wirtschaftliche Situation im Land schlechter oder sogar viel schlechter bewerten, deutlich überrepräsentiert. Ähnliches gilt für die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation, wenn hier auch beim Vlaams Blok und beim Front National in den beiden Kategorien der Schlechterbewertung leichte Abweichungen zu verzeichnen sind. Schließlich sind die Wähler rechtspopulistischer Parteien in überdurchschnittlicher Weise der Auffassung, dass sich ihre persönliche Situation im nächsten Jahr verschlechtern wird. Eine bedeutende und über die meisten Länder konstante

⁴ Da Österreich erst spät in die Europäische Union aufgenommen wurde und bis zu dieser Zeit die entsprechenden Indikatoren im Eurobarometer fehlen, können keine Angaben zur subjektiven Deprivation in der Wählerschaft der FPÖ gemacht werden.

Abweichung von den Erwartungen ergibt sich im Hinblick auf die Gruppe, die die eigene finanzielle Situation für viel besser hält als im Vorjahr. Dieser Befund setzt sich im Fall des Vlaams Blok und der Fremskrittspartiet auch bei der Einschätzung der zukünftigen persönlichen Situation fort, wenn auch nicht in so einem starken Maße. Es scheint in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien also auch Gruppen zu geben, die sich eigentlich nicht zu den Verlierern ökonomischer Globalisierung zählen.

Tabelle 2: Indikatoren subjektiver Deprivation.

	VB	FN	LN	FRP	FPÖ
generelle wirtschaftliche Situation:					
viel besser	+/-	---	---	--	k/a
besser	-	-	--	-	k/a
gleich geblieben	-	--	-	--	k/a
schlechter	++	+/-	-	++	k/a
viel schlechter	+++	+++	+++	+++	k/a
eigene finanzielle Situation:					
viel besser	+++	+++	--	++	k/a
besser	+/-	-	---	-	k/a
gleich geblieben	--	-	+/-	--	k/a
schlechter	+++	-	+	+++	k/a
viel schlechter	-	+++	+++	+++	k/a
persönliche Situation im nächsten Jahr:					
besser	+	--	--	+	k/a
gleich bleibend	+/-	-	+	--	k/a
schlechter	++	+++	+++	+++	k/a

Quelle: Eurobarometer 1978 bis 2002, eigene Berechnung. Dargestellt ist der Grad der Über- bzw. Unterrepräsentation in der jeweiligen Gruppe: +/-5,0 % (+/-); +5,1 bis +15,0 % (+); +15,1 % bis +30,0 % (++) ; +30,1 % und mehr (+++); -5,1 bis -15,0 % (-); -15,1 % bis -30,0 % (- -); -30,1 % und mehr (- - -).

Die hier präsentierten Überlegungen können nur erste illustrative Hinweise für die Richtigkeit der Modernisierungsverlierer-These liefern. Um ihre Richtigkeit tatsächlich nachzuweisen, bedarf es einer deutlich ausgefeilteren Methodik und der Interpretation der Abweichungen auf nationaler wie auf länderübergreifender Ebene. Es scheint sich jedoch ein generelles Bild von der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa abzuzeichnen, das in Richtung einer Bestätigung der These deutet: In ihr sind Gruppen überrepräsentiert, die entweder objektiv zu den Verlierern von aktuellen Modernisierungsprozessen gehören, oder die sich zumindest subjektiv als solche fühlen.

6 Schlussbemerkungen

Nach der hier vorgenommenen Analyse spricht alles dafür, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen krisenhaft verlaufenden Modernisierungsprozessen und der Unterstützung populistischer Parteien und Bewegungen gibt. Derartige „populistische Momente“, in denen die Verlierer dieser Prozesse politisch heimatlos werden und ihre Ansprache durch Populisten möglich wird, lassen sich sowohl für historische Populismen wie auch für das aktuelle Beispiel rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa nachweisen. Betont wurde in der Darstellung, dass es vor allem der Populismus als Politikstil ist, der Modernisierungsverlierer anspricht. Ideologisch höchst unterschiedliche Parteien und Bewegungen können so mit einer im Prinzip ähnlichen populistischen Rhetorik derartige Bevölkerungsgruppen an sich binden.

Es konnten hier allerdings nur die groben Muster dieses Zusammenhangs angesprochen werden, sodass viele Fragen offen bleiben müssen: Könnte eine andere Partei oder Bewegung, die nicht unbedingt populistisch agiert, das Protestpotenzial dennoch ansprechen? Und wenn ja, in welcher Weise? Setzt sich die Situation eines Modernisierungsverlierers direkt in die Unterstützung von Populisten um, oder gibt es intermediäre Einstellungen oder psychische Dispositionen, wie Autoritarismus oder rigides Denken, über die sich ein entsprechendes politisches Verhalten vermittelt (Scheuregger / Spier 2005)? Welchen Stellenwert haben die einzelnen Elemente populistischer Agitation und welche dieser Elemente sprechen die Modernisierungsverlierer besonders effektiv an? Diese Fragen erfordern genauere Untersuchungen anhand von aktuellen und historischen Beispielen – im einzelnen Fall wie auch im länderübergreifenden Vergleich.

Literatur

Besonders wichtige Titel sind mit einem Sternchen gekennzeichnet.

- Allcock, John B. (1971), „Populism“ – A Brief Biography, in: *Sociology* 5 (3), S. 371-387.
- Bailer-Galanda, Brigitte / Wolfgang Neugebauer (1997), Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Berlin.
- Berking, Helmuth (2001), Kulturelle Identitäten und kulturelle Differenz im Kontext von Globalisierung und Fragmentierung, in: Wilhelm Heitmeyer / Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt a.M., S. 91-110.
- Berlet, Chip / Matthew N. Lyons (2000), *Right-Wing Populism in America – Too Close for Comfort*, New York u.a.
- *Betz, Hans-Georg (1994), *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York.

- *Canovan, Margaret (1981), *Populism*, London.
- Canovan, Margaret (2004), *Populism for Political Theorists?*, in: *Journal of Political Ideologies* 9 (3), S. 241-252.
- *Decker, Frank (2004), *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Auflage, Opladen.
- Falter, Jürgen W. (1991), *Hitlers Wähler*, München.
- Feldman, Gerald D. (1986), *The Weimar Republic – A Problem of Modernization?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 26, S. 1-26.
- Fritzsche, Peter (1990), *Rehearsals for Fascism – Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford / New York.
- Fromm, Erich (1937), *Zum Gefühl der Ohnmacht*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 6, S. 95-118.
- Geiger, Theodor (1930), *Panik im Mittelstand*, in: *Die Arbeit – Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde* 7 (10), S. 637-654.
- Giddens, Anthony (1995), *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Goodwyn, Lawrence (1976), *Democratic Promise. The Populist Moment in America*, New York.
- *Heitmeyer, Wilhelm (2001), *Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus – Eine Analyse von Entwicklungstendenzen*, in: Wilhelm Heitmeyer / Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt a.M., S. 497-534.
- Held, David u.a. (1999), *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*, Oxford.
- Hicks, John Donald (1955), *The Populist Revolt. A History of the Farmers' Alliance and the People's Party*, 2. Auflage, Minneapolis.
- Kriesi, Hanspeter (1995), *Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten. Die Mobilisierung von zwei Typen von sozialen Bewegungen in ihrem Kontext*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 1, S. 9-52.
- Mudde, Cas (2000), *In the Name of the Peasantry, the Proletariat, and the People. Populism in Eastern Europe*, in: *East European Politics and Societies* 14 (2), S. 33-53.
- Perraton, Jonathan u.a. (1998), *Die Globalisierung der Wirtschaft*, in: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt a.M., S. 134-168.
- Peukert, Detlev K. (1987), *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a.M.
- Pfahl-Traughber, Armin (1994), *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn.
- Pipes, Richard (1984), *Russland vor der Revolution. Staat und Gesellschaft im Zarenreich*, München.
- Puhle, Hans-Jürgen (1986), *Was ist Populismus?*, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a.M., S. 12-32.
- *Puhle, Hans-Jürgen (2003), *Zwischen Protest und Politikstil. Populismus, Neo-Populismus und Demokratie*, in: Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus*, Opladen, S. 15-43.
- Rucht, Dieter (1994), *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M.
- Scharsach, Hans-Henning (2002), *Europas Populisten. Rückwärts nach rechts*, Wien.

- Scheuregger, Daniel / Tim Spier (2005), *Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Eine ländervergleichende Untersuchung für Westeuropa*. (Paper präsentiert auf der Konferenz „Politische Herausforderungen im Verhältnis von Bürgern und Politik“ in Mannheim).
- Schimmer, Ralf (1997), *Populismus und Sozialwissenschaften im Amerika der Jahrhundertwende*, Frankfurt a.M. / New York.
- Schultze, Rainer-Olaf / Ulrike Wasmuth (1998), Art. „Entfremdung“, in: Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze / Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.), *Politische Begriffe (Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 7)*, München, S. 145.
- Schumacher, Martin (1972), *Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei / Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919 – 1933*, Düsseldorf.
- Swank, Duane / Hans-Georg Betz (2003), *Globalization, the Welfare State and Right-Wing Populism in Western Europe*, in: *Socio-Economic Review* 1 (2), S. 215-245.
- *Taggart, Paul (2000), *Populism*, Buckingham u.a.
- Wasmuth, Ulrike (1998), Art. „Deprivation“, in: Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze / Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.), *Politische Begriffe (Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 7)*, München, S. 119-120.
- Wehler, Hans-Ulrich (2003), *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4*, München.
- Winkler, Heinrich August (1972), *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln.
- Winkler, Jürgen R. (2000), *Rechtsextremismus. Gegenstand, Erklärungsansätze, Grundprobleme*, in: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, S. 38-68.
- Worsley, Peter (1969), *The Concept of Populism*, in: Ghita Ionescu / Ernest Gellner (Hg.), *Populism*, London, S. 212-250.
- Zürn, Michael (1998), *Schwarz-Rot-Grün-Braun. Reaktionsweisen auf Denationalisierung*, in: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt a.M., S. 297-330.